

Rote Karte für die Gesundheitspolitik
Protestaktion von MFA, ZFA und Zahntechnik am 08.09.2023 in Berlin

Am Freitag den 08.09. zeigten rund 2000 Demonstrierende am Brandenburger Tor in Berlin - bei 29° C im Schatten, den es vor Ort nicht gab - Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach lautstark die "Rote Karte" für seine Gesundheitspolitik. Eingeladen hatte der Verband der medizinischen Fachberufe (VmF). Die Zahnärzteschaft war vor Ort sowie mit Redebeiträgen prominent vertreten. So sprachen u.a. der KZBV Vorsitzende Martin Hendges sowie der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Prof. Christoph Benz zu den Protestierenden.



Dr. Dr. Frank Wohl, Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer; Dr. Doris Seiz, Präsidentin der LZK Hessen; Klaus Holetschek, Bayerischer Staatsminister für Gesundheit; Dr. Thomas Breyer, Präsident der LZK Sachsen; Martin Hendges, Vorsitzender des Vorstandes der KZBV; Stephan Allroggen, Vorsitzender des Vorstandes der KZV Hessen; RA Sascha Milkereit, Hauptstadtrepräsentant BDO / DGMKG



Herr Hendges warf der Regierung eine "verantwortungslose Kostendämpfungspolitik" vor. Den Einbezug der Paro-Behandlung könne man - entgegen der Beteuerungen des Bundesgesundheitsministers - nur als Leistungskürzung definieren. Die persönlichen sowie finanzielle Folgen für das Gesundheitssystem seien angesichts von ca. 30 Millionen betroffenen Patienten nicht immens.

Prof. Benz begrüßt die Teilnehmer mit den Worten: "Liebe Schnauze-voll-Teams!" und betonte, dass man so lange weiter protestieren werde, bis sich die Lage für die Mitarbeitenden und die Praxen verbessert. In den vergangenen Jahren sei nur von der bedrohlichen Lage für die stationäre Versorgung die Rede

gewesen. Die ambulante Versorgung sei so wirtschaftlich, da habe der Bundesgesundheitsminister angenommen, den Praxen immer weitere Belastungen zumuten zu können.

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Pilsinger (CSU) sprach sich für die Einführung der neuen Gebührenordnung für Ärzte und eine Reform der GOZ aus. Dazu habe die Unionsfraktion einen entsprechenden Antrag bereits in den Bundestag eingebracht. Auch der Bayerische Staatsminister für Gesundheit, Klaus Holetschek (CSU) betonte, dass sich Wertschätzung auch in einer leistungsgerechten Vergütung abbilden müsse. Er sprach sich ebenfalls für eine Entbudgetierung und die Anpassung der Gebührenordnungen in der ambulanten Gesundheitsversorgung aus.

Beste Grüße

RA Sascha Milkereit
BDO-Hauptstadtrepräsentant